

**Reiner Hoffmann,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, lieber Bürgermeister Ulrich Hörning, liebe Kollegen und liebe Delegierte!

Natürlich ist es mir wie vor vier Jahren eine Ehre, euch im Namen des DGB-Bundesvorstandes die solidarischen Grüße für euren 4. ver.di-Bundeskongress überbringen zu dürfen. (Rufe aus dem Publikum) Fünf? Na, habe ich das nicht gesagt? Das liegt daran, wenn man so tolle Musiker hat aus einer weltoffenen Stadt wie Wuppertal, aus der ich ja nicht alleine komme, wie viele Leute wissen. Also nochmals: Die solidarischen Grüße zum 5. Ordentlichen ver.di-Bundeskongress. (Beifall)

Und es ist schon ein besonderes Jahr. Wir blicken zurück natürlich auf 18 Jahre Gründung von ver.di, aber in diesem Jahr auch auf die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor 70 Jahren. Das ist nicht nur ein willkommener, sondern, wie ich finde, auch ein notwendiger Anlass, sich zu erinnern, dass die Stärke der Gewerkschaften in Deutschland ganz zentral darauf basiert, dass es unseren Vorgängern gelungen ist, nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts in Deutschland die Einheitsgewerkschaft zu verwirklichen. Wir haben die Zersplitterung der Gewerkschaften überwunden.

Und vor 18 Jahren – der Zusammenschluss der fünf Gründungsorganisationen, eben auch der Deutschen Angestelltengewerkschaft zur ver.di – wurde das Prinzip, der Grundsatz der Einheitsgewerkschaft gestärkt, weil es auch damit gelungen ist, die DAG in die Familie des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu holen. Ich erinnere mich, lieber Frank, noch gut an den Titel deiner ersten Grundsatzrede auf eurem Gründungskongress im Jahre 2001. Er war betitelt: wegen Umbau geöffnet. Und ich denke, das hat an Aktualität nicht eingebüßt. Wenn wir uns anschauen, welchen tiefgreifenden Umbau wir gegenwärtig in der Arbeitsgesellschaft erleben. Und da brauchen wir offene, handlungsstarke Gewerkschaften, und wir werden den Umbau der Arbeitsgesellschaft gemeinsam gestalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Trotz des durchaus soliden Wirtschaftswachstums und der robusten Arbeitsmarktlage der letzten Jahre, schufteten bei uns im Lande immer noch ein Viertel der Beschäftigten für Niedriglöhne. Einer der zentralen Gründe dafür ist, dass immer weniger Beschäftigte durch Tarifverträge geschützt sind. Bereits vor vier Jahren habe ich an dieser Stelle gefordert, dass Schluss damit sein muss, dass Arbeitgeber nahezu täglich Tarifflicht betreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Einiges ist uns gelungen, aber in einzelnen Branchen, die ihr besonders gut kennt, ist die Lage wie ich finde, besonders krass. Der Einzelhandel: dafür gelten nur noch für 36 Prozent der Beschäftigten Flächen- oder Haustarifverträge. Ein anderes Beispiel: die Abfallwirtschaft. Sofern Unternehmen überhaupt dort noch in Arbeitgeberverbänden organisiert sind, nutzen sie zu vier Vierteln die Möglichkeit von OT-Mitgliedschaften. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat nach meinem Verständnis nichts mehr mit

sozialverantwortlichen Arbeitgeberverbänden zu tun, das sind lediglich noch Anwaltskanzleien und Lobbyverbände. Da müssen wir Widerstand organisieren. (Beifall)

Und wir alle wissen, der gesetzliche Mindestlohn war einer unserer größten Erfolge in den letzten Jahren. Damit konnte immerhin eine Lohnuntergrenze einbezogen werden und das – Herr Bundespräsident Walter Steinmeier hat darauf hingewiesen –, liebe Kolleginnen und Kollegen, war auch vor allem eurem Einsatz zu danken. Und am Ende, aber auch das sage ich, war es die Einheit unter dem Dach des DGB, die Geschlossenheit im DGB, die letztendlich die Durchsetzung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 ermöglicht hat. (Beifall)

Aber wir sind uns auch einig: Ein Mindestlohn von 9,35 Euro ist noch lange nicht existenzsichernd und schützt eben nicht vor Aufstocken. Deshalb setzen wir uns unter dem Dach des DGBs mit allen Kräften dafür ein, dass es eine Erhöhung des Mindestlohnniveaus gibt. Und hier hat der Bundesfinanzminister durchaus eine Wegmarke gesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Damit, finde ich, sollten wir uns allerdings nicht zufriedengeben. Das beste Mittel für gute Löhne und anständige Arbeitsbedingungen sind und bleiben Tarifverträge, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und was das heißt, das zeigen die vielen, vielen Tarifabschlüsse, die ihr, die andere Gewerkschaften unter dem Dach des DGB, in den letzten Jahren realisiert haben. Lasst mich an dieser Stelle nur auf eine Branche besonders hinweisen – auch die ist schon genannt worden: euer Kampf für einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Altenpflege. Dieser, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist seit langem überfällig. (Beifall)

Diese Auseinandersetzung steht exemplarisch dafür, dass wir in den Sozialberufen eine Aufwertung, eine Anerkennung des Wertes von Arbeit brauchen. Und hier haben alle Gewerkschaften, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande, ein ganz zentrales Interesse daran. Wir sind es, die letztendlich darauf angewiesen sind, dass wir Menschen in der Altenpflege haben mit ordentlichen Löhnen, vernünftigen Arbeitsbedingungen, damit sie eine gute Dienstleistung an Menschen erbringen können, die diese Hilfe, die diese Dienstleistungen brauchen. Deshalb ist es nicht nur eine Auseinandersetzung für einen Flächentarifvertrag von ver.di. Dies ist eine Auseinandersetzung aller DGB-Gewerkschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und diese Auseinandersetzung steht exemplarisch für unsere Auseinandersetzung, wo wir gemeinsam unter dem Dach des DGBs uns auf die Priorität verständigt haben, in den nächsten Jahren die Tarifbindung in diesem Lande wieder deutlich zu stärken. Weil wir wissen, mit flächendeckenden Tarifverträgen gibt es für Menschen im Wandel mehr Sicherheit. Und Menschen brauchen Sicherheit, wenn die Arbeitswelt sich so fundamental verändert, wie es uns bevorsteht.

Und deshalb macht es Sinn, dass da, wo Arbeitgeber und Gewerkschaften allein die Tarifbindung nicht erhöhen können, der Staat die dafür notwendigen Leitplanken zur Verfügung stellt. Tarifverträge sind ein öffentliches Gut. Und es kann doch nicht sein, dass

bei der öffentlichen Auftragsvergabe Unternehmen zum Zuge kommen auf Grundlage eines Geschäftsmodells zu Dumpinglöhnen, und die Menschen am Ende des Monats zum Amt müssen, aufstocken und staatliche Subventionierung erhalten. (Beifall)

Deshalb brauchen wir verbindliche Tariftreuregeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und natürlich brauchen wir auch weiterhin eine Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Auch hierzu haben wir Vorschläge gemacht. Es ist gar nicht so schwer, die auch umzusetzen, wenn es darum geht, das Mehrheitsprinzip einfach mal umzudrehen. Da, wo Arbeitgeber und Gewerkschaften das gemeinsame Interesse haben, sollte dieses doch bitteschön nicht gegen ihre Mehrheit abgelehnt werden können, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich auf einen zweiten Aspekt eingehen, der uns alle bewegt, der uns alle beschäftigt. Das sind die voranschreitenden strukturellen Veränderungen in unserer Wirtschaft, die wir gegenwärtig erleben. Bis 2050 muss uns durch eine erfolgreiche Energie- und Mobilitätswende der sozialverträgliche Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft gelingen. Es sind doch gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eben nicht nur ein elementares Interesse an guter Arbeit haben, an sicherer Arbeit haben. Nein, es sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein elementares Interesse auch an einer gesunden Umwelt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und deshalb ist das, was das Klimakabinett am Freitag verabredet hat, lediglich ein erster Schritt und nach unserer Auffassung beileibe nicht ausreichend. (Beifall)

Vieles, vieles ist auf den Weg gebracht worden. Einiges bedarf sicherlich der Konkretisierung. Aber wir sind uns unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes alle einig, dass wir in Deutschland dringend ein ambitioniertes Zukunftsinvestitionsprogramm zur Modernisierung unseres Landes, zur Modernisierung Europas brauchen, wenn wir die Herausforderungen des Klimawandels ernsthaft und erfolgreich gestalten wollen. (Beifall)

Und dieses Programm wird in den nächsten Jahren erhebliche Mittel in Anspruch nehmen. Nach aktuellen Schätzungen wird sich das Investitionsvolumen jährlich auf circa 45 bis 60 Milliarden Euro belaufen, und das auf einer Zeitachse von mindestens mal den nächsten zehn Jahren. Da kann ein "weiter so" überhaupt keine Perspektive sein und ein Festhalten an der Schwarzen Null, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, überhaupt keine Perspektive. (Beifall)

Statt immer noch mehr Geld in Waffen zu stecken, sollte endlich auch Schluss damit sein, dass die Bundesregierung der Zielvorgabe der Nato hinterherrennt, dass wir zukünftig zwei Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungshaushalt ausgeben. (Beifall)

Das würde eine Steigerung von Rüstungsausgaben von rund 30 Milliarden Euro bedeuten, dieses Geld ist dringend notwendig für andere öffentliche Investitionen, die Zukunftsinvestitionen, die Felder liegen auf der Straße, sie gehören endlich angepackt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und zur Finanzierung macht es keinen Sinn, den Soli abzuschaffen. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt wird und große Vermögen und reiche Erben endlich auch ordentlich besteuert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und auch da ist es uns unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes gelungen, uns zusammenzuraufen und gemeinsam die Eckpunkte für die dringend notwendige Steuerreform zu formulieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicher im Wandel für die Beschäftigten, das ist das Ziel von ver.di, das ist das Ziel aller DGB-Gewerkschaften, wenn es darum geht die Umbrüche in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft zu gestalten.

Was wir aber erleben ist, dass das Wohlfahrtsversprechen der sozialen Marktwirtschaft brüchig geworden ist. Viele Menschen haben zwar von dem langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in den letzten Jahren profitiert, aber zugleich geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander.

Die Einkommensungleichheit in Deutschland hat seit Anfang der 90er Jahre stetig zugenommen. Immer mehr Menschen spüren, dass es bei uns nicht sozial gerecht zugeht. Viele Menschen haben Sorgen, dass sie die Mieten für ihre Wohnung am Ende des Monats nicht mehr bezahlen können und bei vielen Menschen greift das Gefühl um sich, dass die eigene Lebensleistung nicht mehr anerkannt wird und im Ruhestand keine auskömmliche Rente für ein Leben in Würde reicht, sondern ihnen Altersarmut droht. Zukunftssorgen für sich selbst und die eigenen Kindern sind weit verbreitet in einer der reichsten Volkswirtschaften auf diesem Globus, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und in den letzten Jahren haben wir erlebt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Lande immer weiter erodiert, dass Vertrauen in demokratische Institutionen massiv geschwunden ist. Und wir erleben wie Rechtsextremisten, Rechtsnationalisten wieder erstarken. Sie vergiften nicht nur das politische Klima in unserem Land, nein, was wir in jüngster Zeit erleben, ist, dass sie auch vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken. Das erfordert unsere ganze Kraft und unsere Entschiedenheit, wenn es darum geht, die Feinde der Demokratie in ihre Schranken zu verweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir dürfen und wir werden es nicht zulassen, dass neue Nazis heute das fortsetzen, womit die alten Nazis in den 12 Jahren ihres Tausendjährigen Reiches die Menschheit in den Abgrund gestürzt haben. Wenn wir dafür sorgen, dass die Menschen wieder sichere Zukunftsperspektiven haben, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ermöglichen, ziehen wir diesem rechten Unfug, dann ziehen wir der rechten Mischpoke den Boden unter den Füßen weg und das ist angesichts der Wahlergebnisse der letzten Wochen dringend erforderlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich habe noch ein paar Stichworte auf meinem Zettel, aber ihr werdet das alles beraten. Deshalb lasst mich zum Schluss zu dem Punkt kommen, den der Bundespräsident schon angesprochen hat. Und ich bin wie du, Frank-Walter, fest davon überzeugt – wie ich glaube, alle hier im Raum – , dass Frank nicht wirklich in den Ruhestand gehen wird. Natürlich wird es einen Führungswechsel bei ver.di geben, aber es ist, glaube ich, auch

eines seiner großen Verdienste mit, dass ver.di volljährig geworden ist. Und es ist natürlich, lieber Frank, hier nicht der Ort für Abschiedsworte. Aber lass mich trotzdem auch im Namen des DGB-Bundesvorstandes hervorheben, dass du immer ein verlässlicher Partner im DGB warst. Häufig durchaus anstrengend, intellektuell immer herausfordernd und am Ende immer von dem Willen geeint, den Zusammenhalt unter dem Dach des DGBS zu stärken und das gewerkschaftliche Gesamtinteresse vor die gewerkschaftlichen Partikularinteressen zu stellen, dafür ein ganz herzliches Dankeschön. (Beifall)

Und lass mich an dieser Stelle durchaus erwähnen, dass für eine solche anspruchsvolle Tätigkeit ein Mann das in der Regel nie alleine schafft, sondern er braucht eine starke Frau an seiner Seite. Und deshalb, liebe Bettina, auch Dir ganz herzlichen Dank, dass Du mit dazu beigetragen hast in den letzten 18 Jahren, dass Frank diesen anspruchsvollen Job so erfolgreich hat gestalten können. Ich weiß, das hat Dir, hat euch auch einiges an Anforderungen gekostet. Und deshalb auch Dir ein ganz herzliches Dankeschön im Namen aller DGB-Gewerkschaften. (Beifall)

Und natürlich möchte ich an dieser Stelle nicht versäumen, Dir, liebe Monika auch ganz herzlich zu danken. Du hast Frank seit 2007 als Vorsitzende des Gewerkschaftsrates begleitet und wirst nun gemeinsam mit ihm in den Ruhestand gehen. Liebe Monika, auch Dir gebührt unser ganz herzlicher Dank für all die Jahre guter Zusammenarbeit, und auch Du hast immer – nie öffentlich, aber sehr geschickt, sehr diplomatisch – mit deinem Anteil dazu beigetragen, dass wir den Laden, so wie es sich gehört, ordentlich zusammenhalten. Herzlichen Dank! (Beifall)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, ein verlässlicher Sozialstaat, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, lässt sich nur mit solidarischen Gewerkschaften und einem starken DGB verwirklichen. In diesem Sinne wünsche ich euren Beratungen viel Erfolg. Ich bin sicher, es wird lebhaftes Debatten geben. Ich wünsche euch im Namen des DGB-Bundesvorstandes gute Beschlüsse, und gemeinsam wünsche ich uns maximalen Erfolg. Glück auf! (Beifall)